A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meiß, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 139 Sonnabend, den 21. November 1931. 44. Jahrgang

Der deutsche Antrag.

Die Schwierigkeit der deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, 20. November.

„Echo de Paris" will über die Schwierigkeiten bei den zwischen der deutschen und der französischen Regierung geführten Verhandlungen, die die Einberufung des beratenden Sonderausschusses zum Gegenstand haben, Näheres wissen.

Die Ausführungen des Blattes müssen jedoch mit Vorbehalt aufgenommen werden.

Trotz der langen Verhandlungen sei das Einberufungsschreiben für Frankreich noch nicht befriedigend.

Die deutsche Regierung erkläre in dem Schreiben, daß der beratende Sonderausschuß nicht nur die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich der Reparationen abzuschätzen haben werde, sondern sich auch mit der Rückzahlung der kurzfristigen Kredite würde beschäftigen müssen. Ministerpräsident Laval habe sich anscheinend entschlossen, dieses Schreiben, wenn auch nicht zu billigen, so doch passieren zu lassen.

Er bleibe bei seiner These, daß die Rückzahlung der privaten Kredite nicht Angelegenheit der Regierungen sei, sondern nur von einer Sonderkommission behandelt werden dürfe, die, wenn möglich, die Gläubiger und Schuldner ernennen würden. Doch vertrete er den Standpunkt, daß das deutsche Einberufungsschreiben dem nicht entgegengehalten werden könne, und daß der beratende Sonderausschuß sich nicht Befugnisse anmaßen dürfe, die der Youngplan ihm verweigere, sei es um an die ungeschützten Annuitäten zu rühren, sei es um sich mit dem Transfer der kommerziellen Schulden zu befassen.

Diese wenigen Hinweise genügten darzutun, wie verworren die Lage bleibe. Jetzt komme alles darauf an, was England und die Vereinigten Staaten zu tun gedächten.

*

In einer erneuten Unterredung des deutschen Botschafters von Hoesch mit Laval wurden die Vorbereitungen des deutschen Schrittes in Basel zum Abschluß gebracht. Die Veröffentlichung des Schreibens steht unmittelbar bevor.

Das deutsche Schuldenproblem.

Neuyork, 20. November

Angesichts des ungewöhnlich starken Interesses für die deutsche Schuldenfrage bringt „Herald Tribune" einen Artikel über das Problem, vor dem die Gläubiger Deutschlands stehen. In dem Artikel heißt es: Das deutsche Schuldenproblem wurde für jedermann unverständlich, weil bei seiner Behandlung längst alle Grundlagen der Vernunft aufgegeben worden sind. Die Gläubiger gingen von der irrigen Voraussetzung aus, daß das deutsche Volk von Staats wegen gezwungen werden könnte, Kapital zu produzieren und dieses Kapital zu Hause zu lassen, um daraus Reparationen zu zahlen. Solange die Gläubiger an diesem Irrtum festhielten, bleibe das Reparationsproblem hoffnungslos, denn die Deutschen handelten unter den Reparationsplänen ebenso wie die Amerikaner unter dem Prohibitionsgesetz. Sie dächten nur darüber nach, wie sie sich aus der Schlinge ziehen könnten.

Zwang der Krise.

Berlin, 20. November

Aus einer vorliegenden amtlichen Uebersicht über die Verwaltungsreform ergibt sich, daß im Zuge der gegenwärtigen Sparsamkeitsaktion in den Ländern und Gemeinden eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden sind, die einen Behördenabbau und eine Vereinfachung zum Ziele haben. In einer Anzahl von Fällen ist die Kommunalaufsicht durch die Aufsichtsbehörden erweitert und den Gemeindeverwaltungen in großem Umfange die Befugnis gegeben, die zum Etatsausgleich erforderlichen Maßnahmen von sich aus, also ohne Beteiligung der Stadtvertretung, zu ergreifen.

In Sachsen wird die Anstellung berufsmäßiger Gemeindevorsteher in Gemeinden unter 1500 Einwohnern beseitigt.

Auch wird mehrfach das Verfahren in Verwaltungsstreitsachen vereinfacht. In Baden werden die Gemeindegrundbuchämter aufgehoben. Von verschiedenen Ländern werden die Gesandtschaften beim Reiche aufgehoben, so daß die Länder in Berlin nur noch durch ihre stimmführenden Bevollmächtigten zum Reichsrat vertreten sind.

Bayern löst 1 Ministerium, 1 Oberlandesgericht, 3 Landgerichte, 24 Amtsgerichte, 2 Regierungen, 2 Landesversicherungsanstalten, 12 Forstämter, 8 Bezirksämter, 10 Messungs- und 3 Bauämter, Sachsen u. a. 2 Ministerialkassen, 1 Kreishauptmannschaft, 3 Amtshauptmannschaften, 6 Amtsgerichte, 1 Gefangenenanstalt, 7 Forstämter, 3 Forstkassen, 4 Bauämter und 1 Bergamt auf.

Die wachsende schwere Not.

Starke Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen.

Berlin, 20. November

Nach Erhebung des Preußischen Statistischen Landesamtes vom 31. Oktober 1931 sind in Preußen 920 408 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 849 126 am Ende des Vormonats.

so daß sich im Oktober eine Zunahme um 71 282 oder 8,4 v. H. ergibt, die erheblich stärker ist als der Zuwachs im September (42 526 oder 5,3 v. H.).

Demnach entfallen auf 1000 Einwohner im Staatsdurchschnitt jetzt 24,1 Wohlfahrtserwerbslose. Gegen den 31. Oktober des Vorjahres hat sich die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 436 181 oder 90,1 v. H. erhöht. Einschließlich der 13 786 unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen, ist die Gesamtzahl der von den preußischen Bezirksfürsorgeverbänden oder Gemeinden laufend unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen von rund 868 000 Ende September auf 939 000 Ende Oktober angewachsen. Von den Wohlfahrtserwerbslosen befanden sich 62 591 (September 67 790) in Fürsorge- oder Notstandsarbeit.

In den Landkreisen ist der Zugang an Wohlfahrtserwerbslosen während des Berichtsmonats, da die Hackfruchternte zum größten Teil beendet ist und die dabei vorübergehend beschäftigten Wohlfahrtserwerbslosen wieder der Fürsorge zur Last fallen, verhältnismäßig stärker gewesen (plus 10,2 v. H.) als in den Stadtkreisen (plus 7,7 v. H.).

Verschleppungstaktik.

Erklärung des japanischen Außenministeriums.

Tokio, 20. November

Das japanische Außenministerium teilt mit, daß die japanischen Vertreter in Paris auf ihre eigene Verantwortung hin, wenn auch im Einvernehmen mit ihrer Regierung, dem Völkerbundsrat neue Kompromißvorschläge unterbreiten werden.

Es wird vorgeschlagen werden, die jetzigen Pariser Verhandlungen zu vertagen und eine Entscheidung aufzuschieben, bis der Völkerbundsrat die Streitfrage durch Entsendung einer eigenen Kommission nach der Mandschurei und nach China untersucht hat.

Es wird anscheinend vorgeschlagen, daß die Untersuchung sich nicht nur auf die mandschurische Lage sondern auf die Lage in ganz China erstrecken soll.

Japan warnt Moskau.

Die japanische Regierung ersuchte den Sowjetbotschafter, Litwinoff in freundschaftlicher Weise auf die Gefahr ernster Verwicklungen aufmerksam zu machen, die entstehen könnte, wenn die Sowjetunion Truppen nach der nördlichen Mandschurei schicken würde, und gleichzeitig Litwinoff zu versichern, daß die ostchinesische Bahn nicht im geringsten beschädigt worden sei.

In ihrer Antwort auf die Vorstellungen der Sowjetregierung erklärt die japanische Regierung, die Gerüchte, wonach die Sowjetunion China unterstütze, seien nicht von Japan ausgegangen, sondern vermutlich von den Behörden von Heilungkiang ausgeplaudert worden, um ihre Truppen zu ermutigen.

Japan hoffe, daß die Sowjetunion eine ebenso peinlich neutrale Haltung einnehmen werde, wie sie Japan während des chinesisch-russischen Konfliktes eingenommen habe. Es wache darüber, daß den russischen Interessen kein Abbruch getan werde, und schlage vor, daß Rußland eine freundschaftliche Erklärung abgebe, wonach es den Chinesen keine Waffen und Munition liefere.

Schlachtverlauf.

Nach Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums begann der Angriff der Japaner am Nonnifluß um 3 Uhr mit Artillerievorbereitung. Um 6 Uhr ging Infanterie gegen die chinesische Hauptstellung vor. Die Chinesen flüchteten in Unordnung. Um 13 Uhr passierte ein japanischer Panzerzug Anganschi, kreuzte darauf die chinesische Ostbahn und hatte abends einen Punkt 19 Kilometer südlich von Tschsikar erreicht. Wie das japanische Kriegsministerium weiter mitteilt, hatten die Chinesen eine großangelegte Offensive vorbereitet. Der japanische Angriff sei somit nur eine Verteidigung gewesen.

General Honjo habe zwar Weisung gehabt, keine Offensive zu unternehmen, aber die chinesischen Angriffe vom Dienstag hätten ihm Gelegenheit geboten zu zeigen, daß der Angriff die beste Verteidigung sei. Mit der Auflösung der Streitkräfte des Generals Ma und der Besetzung von Tschsikar sei die letzte organisierte Autorität in der Mandschurei, die Tschangsueliang gegenüber loyal geblieben sei, verschwunden.

Die Verluste der Japaner sollen sich auf 300 Tote und Verwundete belaufen haben, die der Chinesen auf fast 4000. Matschanschans beste Truppen sollen der Vernichtung entgangen sein, weil sie sofort den Rückzug antraten, als sie merkten, daß die Lage kritisch wurde. In der Nordmandschurei soll jetzt Ruhe herrschen.

*

Unbeirrt von den Pariser Verhandlungen des Völkerbundsrates donnern in der Mandschurei die Kanonen, rattern die Maschinengewehre, blitzen die Bajonette. Die japanischen Truppen nehmen keinerlei Rücksicht mehr. Die Generale geben einen Angriffsbefehl nach dem anderen. Man weiß nicht, ob ohne, ob gegen oder ob mit Willen der Regierung in Tokio. Die mandschurische Schlacht scheint sich für die Japaner gelohnt zu haben und der Sieg neigt sich auf ihre Seite. Politisch ist die Situation ungemein komplizierter. Die Chinesen fühlen sich hingehalten, fühlen sich betrogen. Ihre Sprache wird darum immer ultimativer und man wundert sich nicht mehr, aus Paris zu hören, daß die chinesische Delegation vom Völkerbund durchgreifende Maßnahmen verlangt, wenn sie nicht gezwungen werden soll, aus dem Völkerbund auszuscheiden und der bewaffneten Verteidigung freien Lauf zu lassen.

Man liest, daß der chinesische Delegierte Dr. Sze bereits angekündigt habe, daß seine Regierung Amerika um Intervention bitten wolle, da durch den Pakt von Washington, der die territoriale Integrität garantiert habe, Amerika der gegebene Mittler sei. Aber die Chinesen gehen noch weiter. Sie stellen fest, daß die Verpflichtungen auch aus dem Völkerbund und aus dem Kelloggpakt durch die Japaner aufs schwerste verletzt seien.

Kein Zweifel, daß es den Chinesen ein leichtes ist, sich auf Recht und Verträge zu berufen. Kein Zweifel, daß die mandschurische Schlacht, die die Japaner den Chinesen liefern, weder in die Verträge, die bestehen, noch in das Recht, das Geltung hat, eingegliedert werden kann.

Gläubiger und Osthilfe-Notverordnung.

Berlin, 20. November.

Der Reichskommissar für die Osthilfe betonte in einer Erklärung, zu einer Beunruhigung der Gläubiger über die Osthilfe-Notverordnung bestehe keine Veranlassung. Im Interesse der Volksernährung sei es durchaus notwendig, überhasteten Getreideverkäufen vorzubeugen und diese Verkäufe über das ganze Jahr zu verteilen. Im anderen Falle wäre es zu Zwangsversteigerungen gekommen, bei denen die Gläubiger, soweit sie hinter der ersten Hypothek stünden, alles verloren haben würden. Ueberdies würden die Ausführungsbestimmungen auf die Interessen der Gläubiger Bedacht nehmen.

Preußen schließt fünf Pädagogische Akademien.

Berlin, 20. November.

Im Zusammenhang mit den Einschränkungsmaßnahmen beschloß die preußische Staatsregierung, im Etatsjahr 1932 die Zahl der Pädagogischen Akademien von fünfzehn auf zehn herabzusetzen. Demgemäß stellen die Pädagogischen Akademien in Stettin, Kottbus, Erfurt, Kassel und Altona ihre Tätigkeit ein. Auch bei den aufrechterhaltenen Akademien in Elbing, Frankfurt an der Oder, Breslau, Beuthen, Halle, Kiel, Hannover, Dortmund, Bonn und Frankfurt am Main finden im Jahre 1932 Neuaufnahmen nicht statt.

10 Millionen-Zuschuß für die Staatstheater.

Im Jahre 1929.

Berlin, 20. November.

Nach einer dem Preußischen Landtag vorgelegten Denkschrift der Oberrechnungskammer sind im Jahre 1929 rund 10 Millionen Mark und im Jahre 1930 10¼ Millionen Mark Zuschüsse für die Staatstheater geleistet worden. Inzwischen seien Sparmaßnahmen ergriffen worden, die den Zuschußbedarf für 1932 auf 5 956 000 Mark vermindern. Im Ausschuß wurde Kritik daran geübt, daß der Generalintendant nach der Gehaltskürzung einschließlich des Dienstaufwands immer noch 40 000 Mark und ein Tanzmeister 25 000 Mark erhält. Ein Regierungsvertreter erwiderte, was den Intendanten betreffe, zahle Dresden 50 000 Mark; der Tanzmeister aber bekäme „nur" 21 000 Mark. Dieses Gehalt vermindere sich in Ausführung der neuen Sparverordnung um weitere 10 bis 15 Prozent.

Deutsche Tagesschau.

Verlängerte Zinsverbilligung.

Berlin, 20. November. Die Zinsverbilligung für die zu Gerste- und Haferankäufen von getreideverarbeitenden Fabrikbetrieben in Anspruch genommenen Wechselkredite ist bis zum 20. Dezember verlängert worden.

Reichstagsausschüsse tagen.

Von den Reichstagsausschüssen ist als erster der Haushaltsausschuß zusammengetreten. Er wird in einem für längere Zeit berechneten Sitzungsabschnitt die zahlreichen Anträge zu erledigen haben, die ihm der Reichstag kurz vor seiner Vertagung überwiesen hat. Während die Nationalsozialisten immer noch fernbleiben, sind die Deutschnationalen in der Sitzung erschienen.

Oeffentliche Büchereien für Erwerbslose.

Der preußische Wohlfahrtsminister macht in einem Erlaß auf die Zusammenarbeit der Jugendpflegeorganisationen mit den öffentlichen Büchereien im Interesse der erwerbslosen Jugendlichen aufmerksam. In dem Erlaß heißt es: „Bei der Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen darf nicht übersehen werden, auch die geistige und seelische Aufnahmefähigkeit und Widerstandskraft zu wecken und zu stützen. Es ist deshalb sehr erwünscht, daß die erwerbslosen Jugendlichen unter anderem zur Benutzung geeigneter Büchereien jeder Art, insbesondere der Jugendbüchereien, angeregt werden.

Berücksichtigung des ortsansässigen Handwerks.

In Beantwortung einer volksparteilichen Kleinen Anfrage teilt der preußische Wohlfahrtsminister mit, daß er bereits an den Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung herangetreten sei, und ihn gebeten habe, bei Durchführung der Siedlungspläne der Reichsregierung, soweit dies ohne wesentliche Schädigung der Belange der Siedlung möglich sei, ortsansässige Hand-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311121-19/fragment/page=0001

werker, Gewerbetreibende und Gärtner bei Vergebung von Aufträgen zu berücksichtigen mit der Maßgabe, daß bei der Ausführung Erwerbslose in weitestgehendem Maße zu beschäftigen sind.

Lohnherabsetzung in Bayern.

Der Arbeitgeberverband der Südbayrischen Textilindustrie hat beschlossen, sich dem Vorgehen der Augsburger Veredelungsbetriebe, die ihre Belegschaft zum 21. November gekündigt haben, anzuschließen. Es wurde beschlossen, den Arbeitern durch Anschlag bekanntzugeben, daß ab 6. Dezember nur noch zu Löhnen gearbeitet werden könne, die 16 Prozent unter den jetzigen liegen. Durch diese Maßnahme werden rund 23 000 Textilarbeiter betroffen.

Auslands-Rundschau.

Arbeiterentlassungen in Ostoberschlesien.

Im ostoberschlesischen Industriegebiet ist für die nächste Zeit die Entlassung von rund 9000 Arbeitern zu erwarten. Die Entlassungen stehen im Zusammenhang mit den Betriebseinschränkungen, die vor einiger Zeit von den Aufsichtsräten der Kattowitzer AG. und der Vereinigten Königs- und Laurahütte in Wien beschlossen worden sind. Die Anträge der einzelnen Hüttenverwaltungen auf Genehmigung zum Abbau ihrer Belegschaften sind bereits dem Demobilmachungskommissar vorgelegt worden.

Wiederum judenfeindliche Ausschreitungen in Polen.

Wieder kam es in verschiedenen Städten Polens zu judenfeindlichen Kundgebungen. So wurden in Lida in den jüdischen Geschäften die Fensterscheiben eingeschlagen. In Troki wurden die Fenster der Synagoge eingeworfen, als gerade der Vorstand der Kultusgemeinde dort tagte. In Sochaczew bei Warschau schändeten unbekannte Hände den jüdischen Friedhof. 60 Gräber sind profaniert worden.

Belgien gegen 40-Stundenwoche.

Ein Regierungsvertreter teilte in der belgischen Kammer gelegentlich der Beantwortung einer Interpellation über die Wirtschaftskrise mit, daß bis zum Jahre 1932 für zwei Milliarden Franken öffentliche Arbeiten ausgeführt sein würden. Hinsichtlich der 40-Stunden-Woche erwiderte der Arbeitsminister, daß eine derartige Maßnahme nicht verallgemeinert werden dürfe, daß sich aber die Regierung bemühen werde, örtliche Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern.

Kleine politische Meldungen.

Hochverratsverfahren gegen Goebbels? Der Oberreichsanwalt soll gegen Dr. Goebbels ein Hochverratsverfahren eingeleitet haben. Die Anklage stütze sich auf Aeußerungen von Goebbels, die dahin zielen, daß das deutsche Volk auch „gegen seinen Willen und mit Gewalt" frei gemacht werden solle

Budapester Ehrung Dr. Solfs. Der ungarische Ministerpräsident Graf Karolyi gab zu Ehren des früheren deutschen Botschafters Dr. Solf ein Diner, an dem auch der deutsche Gesandte Dr. von Schoen und Gemahlin teilnahmen.

Die Einfuhrbeschränkungen im englischen Unterhaus. Das englische Unterhaus nahm in zweiter Lesung das Gesetz über die Einfuhrbeschränkungen mit 376 gegen 47 Stimmen an.

Selbstmord eines deutschen Konsuls. Der deutsche Konsul in Guadalajara (Mexiko), Albert Wiester, 72 Jahre alt, hat Selbstmord begangen, indem er sich eine Kugel in den Kopf schoß.

Aus der Umgegend

Nebra, 20. November.

— **Kirchliches.** Auch in diesem Jahre soll, so Gott will, bei einigermaßen günstigem Wetter eine Friedhofsandacht von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs um 3 Uhr nachmittags gehalten werden. — Der kirchliche Familienabend, der für den 1. Adventssonntag (29.11.), abends 8 Uhr, im Schützenhause geplant ist, soll diesmal einen Vortrag von Herrn Pastor Giesewetter-Kleinwangen über Ulrich Zwingli anläßlich der 400jährigen Wiederkehr seines Sterbetages bringen. Dann soll ein Deklamatorium folgen, das unter dem Titel „Die hohen Feste als liebe Gäste" durch Gedichte und Lieder uns die Gnadengaben des Kirchenjahres eindrücklich machen will. Es wird schon jetzt zu diesem Abend eingeladen.

— **Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.** Der Vorsitzende gedenkt des verstorbenen Stadtverordneten Franz Schmidt, der viele Jahre der Stadtverwaltung angehörte, stets das Wohl der Stadt über die Parteiinteressen stellte und der Stadt wertvolle Dienste leistete. Zu seiner Ehrung erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Darauf führte der Bürgermeister den Nachfolger des oben Genannten, Monteur Paul Kürschner, in sein Amt ein. Als stellvertretender Vorsteher wurde an Stelle des Franz Schmidt der Glasermeister P. Webel mit 7 bürgerlichen Stimmen gegen 6 gewählt. Ebenfalls erfolgte Ersatzwahl in die Armen-, Bau- und Plantagenkommission sowie in den Rechnungsprüfungsausschuß. Die Kassenrevisionen am 28.9. und 27.10. gaben keinen Anlaß zu Erinnerungen. Die Versammlung genehmigte mit 7 gegen 6 Stimmen eine Vergnügungssteuerordnung für den Stadtbezirk Nebra. Die Vertreter der KPD. reichten für die Fürsorgeunterstützungsempfänger einen Dringlichkeitsantrag ein, der mit 10 gegen 3 Stimmen anerkannt und dem Magistrat überwiesen wurde. Auch zwei Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion wurden als dringlich anerkannt und dem Magistrat zur baldigen Bearbeitung weitergereicht, um zu ermöglichen, daß die Unterstützungen wieder erhöht werden.

— **Weite Reise eines Luftballons.** Vor einigen Tagen sah ein Lehrling einen kleinen Luftballon mit zwei blauweißroten Fähnchen an einem Pflaumenbaum hängen. Er nahm ihn herunter und sah, daß dieser eine Pariser Aufschrift trug. Wahrscheinlich ist dieser kleine Luftballon am Mittwoch, dem 11. November, in Paris aufgestiegen, als die Franzosen den Waffenstillstand feierten.

— **Höhere Privatschule Roßleben.** Alle diejenigen Eltern, die willens und in der Lage sind, ihren Kindern eine weitergehende Schulbildung, als sie die Volksschule nach ihrem Lehrplan zu vermitteln vermag, angedeihen zu lassen, weisen wir darauf hin, daß Anmeldungen zur Höheren Privatschule für Ostern 1932 jetzt erfolgen müssen. Der Leiter der Anstalt, Herr Oberstudienrat Sachse, nimmt Meldungen in den Tagen vom 19. bis 21. und vom 23. bis 26. November, nachm. von 3—4 Uhr entgegen. (Wir verweisen alle Interessenten auf die Anzeige in der heutigen Nummer.)

— **Das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft** und auch die Zuversicht im deutschen Volke, daß alles Bemühen der verantwortlichen Stellen darauf gerichtet ist, die Währungsstabilität zu stärken, hat sich am Weltspartag aufs neue dadurch gezeigt, daß trotz der schlechten Wirtschaftskonjunktur erhebliche Einzahlungen bei den öffentlichen Geldinstituten erfolgt sind. Erfreulich ist es, daß auch unser Kreis Querfurt in der Reihe der Sparer-Bezirke mit an erster Stelle steht. Bei der Kreissparkasse zu Querfurt sind beispielsweise am Weltspartage allein in der Hauptstelle RM. 7822,— Spargelder eingezahlt worden; die darauf folgende Woche brachte Einzahlungen an Spargeldern in Höhe von durchschnittlich RM. 6500,— pro Tag. Gewiß ein schöner Beweis, daß bereits in unserer nächsten Umgebung sich das Vertrauen wieder durchsetzt.

— **Ausgleichsschecks sind verbotenes Notgeld.** An mehreren Orten haben sich in der Form von Genossenschaften Ausgleichskassen gebildet, deren satzungsmäßiger Zweck es ist, Kredite für ihre Mitglieder zu beschaffen und ihren Geldverkehr zu erleichtern. Diesen Zweck suchen die Genossenschaften in der Weise zu erreichen, daß sie in Anrechnung auf den Kredit sogenannte Ausgleichsschecks ausgeben, die auf vorgedruckte abgerundete Geldbeträge lauten. Der preußische Justizminister weist die Registergerichte darauf hin, daß in der Verordnung über Notgeld vom 30. 10. 1931, veröffentlicht im Reichsanzeiger Nr. 255, Ausgleichsschecks als Beispiele verbotenen Notgeldes bezeichnet sind.

— **Keine Militärkapellen in Gaststätten.** Durch eine Verordnung des Reichswehrministers ist aus sozialen Gründen sämtlichen Militärkapellen einschließlich der Polizei das Spielen in öffentlichen Gaststätten bis auf weiteres zugunsten der Berufsmusiker untersagt.

Roßleben. [Kirchenkonzert] In der gut durchwärmten Klosterkirche findet — wie bereits gemeldet — am Totensonntag, nachmittags 5 Uhr, ein Kirchen-Konzert statt, dessen Leitung Herr Studienassessor König übernommen hat. Als Mitwirkende werden genannt: Organist Rudolf König-Halle a. S. (Orgel), Lehrer Alfred Leipold-Bottendorf (Violine), Studienassessor Wilhelm Kellner-Kl. Roßleben (Violoncello), Studienassessor Otto König-Kl. Roßleben (Flöte), ferner Mitglieder des Orchesters und des Chores der Klosterschule. Das Programm bringt auf den Ernst des Tages abgestimmte Kompositionen älterer und neuerer Tondichter. Es wird dieses Konzert wiederum ein Stündchen ernsten Erlebens in dem so trauten Gotteshause sein, zu dem selbstverständlich auch alle Freunde der Kirchenmusik aus der Gemeinde Roßleben wie der Umgegend herzlichst eingeladen sind. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Wiehe. Am Donnerstag fanden hier Haussuchungen nach verbotenen Druckschriften usw. statt, bei denen solche gefunden und beschlagnahmt wurden.

Heldrungen. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch der Zeit vom 10. Okt. 1930 bis zum 10. Oktober 1931 von 2343 auf 2429, also um 86 Personen gestiegen.

Halle a. S. Während die Pädagogische Akademie in Erfurt der einstweiligen Stillegung anheimfällt, soll die Akademie in Halle ihre Tätigkeit fortsetzen dürfen. Die Entscheidung zugunsten von Halle dürfte wohl auf die Bedeutung der Stadt als Universitätsstadt zurückzuführen sein.

Laucha. Die Einwohnerzahl der Stadt Laucha ist in woch wurde gegen 3 Uhr früh auf dem hiesigen Bahnhof versucht, einen verschlossenen Eisenbahnwaggon aufzubrechen und denselben zu berauben. Die Diebe wurden von der Bahnhofswache an ihrem Vorhaben gestört und flüchteten. Aus Erfurt herbeigerufene Kriminalbeamte samt einem Spürhund konnten die Spur nur eine kurze Strecke verfolgen. Ueber das Ergebnis vorgenommener Haussuchungen in Heldrungen und Oldisleben ist noch nichts bekannt geworden.

Merseburg. Als am Bußtag nachmittag mehrere Kinder auf einer Baustelle am Roten Brückenrain spielten, löste sich plötzlich die Feder eines Transporthandes. Hierdurch fiel der Handhebel einem 12jährigen Schüler auf den Kopf, der so schwer verletzt wurde, daß er im Krankenhaus verstarb.

Halle. Bei einem alten Ehepaar in der Pfännerhöhe, das vor kurzem Goldene Hochzeit gefeiert hat, wurde am Sonnabend während seiner Abwesenheit ein Wohnungseinbruch verübt. Der Täter entwendete u. a. zwei Fünfzigmarkscheine, die das Ehepaar zur Goldenen Hochzeit vom Reichspräsidenten und vom Magistrat der Stadt Halle erhalten hatte. Der Kriminalpolizei gelang es jetzt, den Täter zu ermitteln. Es handelt sich um einen 29jährigen städtischen Arbeiter, der bereits ein Geständnis abgelegt hat. Das Geld will er im Wettbureau und im Wirtshaus „angelegt" haben.

Am Dienstag abend wurden aus einem in der Großen Steinstraße parkenden Personenwagen zwei Koffer mit ärztlichen Instrumenten im Werte von etwa 2500 Mark entwendet. Die Täter wurden nicht ermittelt.

Erfurt. Wegen fortgesetzter Unterschlagung stand der Landwirt Hermann Blankenburg aus Großballhausen (Kreis Weißensee, Thür.) vor dem Schöffengericht. Seine Straftaten beging er in den Jahren 1926 bis 1930 in seiner Tätigkeit als Standesbeamter, Gemeindesteuereinnehmer, Gemeindeschreiber, Kreissparkassenverwalter und Landfeuersozietätsbeamter. Bei einer im Jahre 1930 durch den Landesversicherungsinspektor Brückner-Erfurt im Beisein eines Oberlandjägers vorgenommenen Revision und Haussuchung wurden Verfehlungen in Höhe von 9000 Mark festgestellt. Das Gericht billigte ihm mildernde Umstände zu und verurteilte Blankenburg zu acht Monaten Gefängnis mit evtl. teilweiser Strafaussetzung.

Naundorf bei Schlieben (Kreis Schweinitz). Als das Landwirtsehepaar Ruy schon im Bett lag, stieg ein Mann durch das Fenster und verlangte Geld. Auf die Antwort, daß kein Geld da sei, ging der Einbrecher an das Bett der 76jährigen Frau und schlug diese derart, daß sie besinnungslos zusammenbrach. Dann durchwühlte er sämtliche Behälter, fand aber bei den alten Leuten nichts. Die Frau mußte in das Herzberger Krankenhaus geschafft werden. Die Gerichtskommission aus Schlieben hat den Tatbestand aufgenommen, und schon nach kurzer Zeit konnte der Täter ermittelt werden. Es handelt sich um den 25jährigen Landwirtschaftsgehilfen Karl Osse, der dem Torgauer Untersuchungsgefängnis zugeführt wurde. Unter dem Druck des Beweismaterials hat er auch ein Geständnis abgelegt.

Wittenberg. Erschlagen wurde bei Arbeiten am Magnetkran der Reichsbahnarbeiter Franz Kaspar. Beim Verladen fielen plötzlich zwei Schienen vom Kran ab und erschlugen den unten arbeitenden Mann.

Mit Kleesalz vergiftete sich ein 24jähriges Mädchen in der Lindenstraße. Der Grund zur Tat ist in Stellenlosigkeit zu suchen.

Dessau. Die Gesetzessammlung für Anhalt enthält die Verordnung des Anhaltischen Staatsministeriums über den Zusammenschluß der Kreise Dessau und Köthen. Der neue Kreis erhält die Bezeichnung „Kreis Dessau-Köthen". Das gesamte Vermögen und die Lasten der beiden Kreise, auch alle Einrichtungen und Anstalten, wie z. B. Kreissparkassen und Kreiskrankenhäuser gehen auf den neuen Kreis über. Die durch die Wahl vom 25. Oktober d. J. für die beiden Kreise gewählten Kreistagsabgeordneten bilden bis zur Neuwahl den Kreistag für den neuen Kreis. In den Gebieten der bisherigen Kreise bleibt das geltende Kreisrecht vorläufig in Kraft, das gilt auch für die Kreispolizeiverordnung. Die Amtszeit der Ehrenbeamten der beiden Kreise endet am 31. Dezember 1931. Die besoldeten Kommunalbeamten und Angestellten der beiden Kreise treten in den Dienst des neuen Kreises über. Die bei den Kreisdirektionen Dessau und Köthen beschäftigten Staatsbeamten sind zur Annahme oder vorübergehenden Wahrnehmung der Dienste im neuen Kreisamt verpflichtet. Der Zusammenschluß der beiden Kreise zieht auch den Zusammenschluß der beiden Fürsorgeverbände nach sich. Über Streitfragen entscheidet das Staatsministerium.

Schönebeck (Elbe). Der Magistrat nahm Stellung zu der vom Innenministerium angeregten Vereinigung der Städte Schönebeck, Salzelmen und Frohse. Er beschloß, den Regierungspräsidenten und das Ministerium zu ersuchen, den Zusammenschluß beschleunigt durchzuführen. Als Namen für die Großgemeinde schlägt er „Schönebeck-Bad Salzelmen" vor.

Tangermünde. In der Nähe der Polizeiwache kam es zu einem Angriff von Kommunisten auf Polizeibeamte. Vor der Wache hatten sich Menschen angesammelt, die der Aufforderung der diensthabenden Beamten, auseinanderzugehen, nicht Folge leisteten. Als ein festgenommener Maurer auf die Polizeiwache gebracht werden sollte, versetzte er einem Hauptwachtmeister einen derartigen Schlag auf den Kopf, daß er besinnungslos liegen blieb. Später wurde die Polizei von der Menge mit Johlen empfangen und nur durch die Drohung mit der Schußwaffe von Tätlichkeiten abgehalten.

Kirchmöser (Kr. Jerichow II). Beim Verladen eines Waggons mit Eisen vom Reichsbahnausbesserungswerk Jütich entdeckte man einen großen Sack, in dem sich Waffen und Munition befanden. Die Ladung wurde von der Polizei beschlagnahmt. Die Ermittlungen darüber, woher Waffen und Munition stammen und ob Terrorakte beabsichtigt waren, sind eingeleitet.

Oebisfelde b. Halberstadt. Hier wurde eine „Deutsche Woche" verbunden mit einer Wohnungs- und Bauausstellung eröffnet, die von dem „Ausstellungsorganisator" Hermann aus Magdeburg aufgezogen worden war. Kurz darauf wurde der Organisator auf Grund eines Haftbefehls festgenommen, weil eine Reihe von falschen Überweisungen eingegangen waren. Hermann, der von der Dortmunder Staatsanwaltschaft wegen Betrugs gesucht wird, hatte auch in Gerbstedt eine „Deutsche Woche" veranstaltet.

Neues aus aller Welt.

Verwegene Einbruchsversuche in ein Juweliergeschäft. Eine Einbrecherkolonne versuchte mit unerhörter Dreistigkeit, jedoch abermals ohne Erfolg, dem Juweliergeschäft von Müller in der Oranienstraße 66 in Berlin einen Besuch abzustatten, nachdem sie bereits in der Nacht zuvor einen ungefähr drei Meter langen Stollen gegraben hatten, um vom Keller aus in den Laden eindringen zu können. Die Diebe schienen das erste Mal jedoch bei ihrer Arbeit gestört worden zu sein, waren jedoch verwegen genug, in der nächsten Nacht zum zweitenmal zu erscheinen. Die Hausbewohner wurden durch verdächtige Geräusche aufmerksam und alarmierten das Ueberfallkommando, das eine gründliche Durchsuchung der beiden Grundstücke vornahm, ohne jedoch eines der Täter, die offenbar gewarnt, rechtzeitig die Flucht ergriffen hatten, habhaft werden zu können.

Brandstiftungen in der Gegend von Uelzen? Drei weit auseinanderliegende Scheunen wurden in Velgen mit allen Erntevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen gleichzeitig durch Feuer vernichtet. Der Sachschaden ist sehr groß. Es liegt höchstwahrscheinlich Brandstiftung vor.

Lokomotive fährt in Personenzug. Infolge falscher Weichenstellung fuhr auf dem Bahnhof in Eger eine Lokomotive in den zur Abfahrt bereitstehenden vollbesetzten Personenzug Eger—Karlsbad. 20 Reisende wurden verletzt, davon vier schwer. Eine Frau ist ihren Verletzungen erlegen.

Furchtbare Bluttat. In Koblenz-Lützel erschoß ein bei seinem Bruder, einem Bäckermeister, und seiner Mutter wohnender Kraftfahrer seinen Bruder. Dann schoß er seine Mutter in den Mund und verletzte seine Schwägerin durch einen Schuß, der Wirbelsäule, Lunge und Herz traf, lebensgefährlich. Der Täter brachte sich selbst einen lebensgefährlichen Kopfschuß bei. In der Familie bestanden Erbschaftsstreitigkeiten.

Prozeß wegen Schmuggels mit Heroin. In Basel wurde in einem Heroin-Schmuggelprozeß die Abgabe von 350 Kilogramm Heroin unter falscher Bezeichnung zum Preise von 250 000 Schweizer Franken durch einen gewissen Müller an den Züricher Kaufmann Regli behandelt. Müller wendet nur ein, er habe auf Grund eines seinerzeit niedergeschlagenen Prozesses geglaubt, die von ihm hergestellten Morphiumpräparate seien nicht verboten. Er betonte ferner, er habe die Betäubungsmittel bloß darum an Regli abgegeben, weil er wußte, daß sie nach Ueberse geschickt wurden, in der Schweiz also keinen Schaden anrichten konnten. Müller behauptet, er habe an seinem Rauschgifthandel nur zehn bis fünfzehn Prozent verdient, was immerhin noch einen Gewinn von rund 150 000 Schweizer Franken bedeuten würde.

Kampf mit einer Verbrecherbande. Die Polizei versuchte in Barcelona eine Verbrecherbande auszuheben, die sich in einer berüchtigten Bar verschanzt hatte. Da die Beamten mit Schüssen empfangen wurden, wurde das Ueberfallkommando herbeigerufen. Es entspann sich eine über zwei Stunden dauernde Schießerei, in deren Verlauf fünf Personen getötet wurden, darunter ein Polizeioffizier, zwei Polizisten, eine Frau und einer der Verbrecher. Der Rest der Bande konnte über die Hausdächer entfliehen.

Schwerer Verkehrsunfall. Ein Personenzug stieß in der Nähe der Stadt Boras (Schweden) mit einem mit drei Personen besetzten Auto zusammen. Das Auto wurde zertrümmert. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet, während die dritte schwer verletzt wurde.

Auf dem Wege zur Trauung ertrunken. Ein Brautpaar ist in Helsingfors auf dem Wege zur Trauung in einem Fluß ertrunken. Der Kraftwagen, in dem sie zur Kirche fuhren, geriet auf der Flußbrücke ins Schleudern und stürzte ins Wasser. Der Wagenlenker und eine neben ihm sitzende Person konnten sich im letzten Augenblick aus dem Kraftwagen retten; das Brautpaar ging mit dem Wagen unter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311121-19/fragment/page=0002

Schließung der Bank für Handel und Grundbesitz.

Berlin, 20. November.

Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, deren Aktienkapital zwei Millionen Mark beträgt, hat ihre Schalter geschlossen. Die Reichsregierung hat sogleich zweckentsprechende Maßnahmen eingeleitet, um eine ruhige Abwicklung der Bank zu gewährleisten. Es ist beabsichtigt, die Abwicklung über die Dresdner Bank vorzunehmen. Die Reichsregierung wird zu diesem Zweck eine Summe zur Verfügung stellen, um mit den Gläubigern eine Vereinbarung über die Abwicklung herbeizuführen.

Zur Stillegung der Wenzeslausgrube.

Oeffentliche Mittel können nicht gegeben werden.

Berlin, 20. November

In einer Sitzung des Handelsausschusses des Preußischen Landtages wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, die notwendigen Mittel für die Wiederinbetriebsetzung der Wenzeslausgrube für den Fall zur Verfügung zu stellen, daß sich das Reich an der Aufbringung der Mittel beteiligt.

Was die Stellungnahme des Reiches anbelangt, so ist bereits wiederholt erklärt worden, daß auf Grund der vorgenommenen eingehenden Prüfungen nach übereinstimmender Ansicht aller beteiligten Reichsressorts die Fortführung des Betriebes mit Hilfe öffentlicher Mittel keinesfalls in Frage kommen kann. Die Wiederinbetriebsetzung der Wenzeslausgrube würde außerdem die Freisetzung von Arbeitskräften in ungefähr gleicher Zahl auf anderen niederschlesischen Gruben, die inzwischen den Absatz der Wenzeslausgrube aufgenommen haben, nach sich ziehen. Es würde also für den Arbeitsmarkt keine merkliche Entlastung eintreten. Schließlich kann die Gefahr von Kohlensäureausbrüchen auch bei Innehaltung der neuen bergpolizeilichen Vorschriften keineswegs als beseitigt angesehen werden.

Eine Erleichterung der durch die Stillegung der Wenzeslausgrube eingetretenen Notlage der Belegschaft wird nur durch andere Hilfsmaßnahmen herbeigeführt werden können, die zum Teil bereits in die Wege geleitet sind, zum Teil durch beschleunigte Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts vorbereitet werden.

Das geräuschlose Motorschiff.

Auf dem Bodensee hat die Reichsbahn kürzlich das neue Diesel-Motorschiff „Baden" in Dienst gestellt Es bietet in den Kajüträumen 200 Fahrgästen Platz und ist mit einer neuartigen Geräuschdämpfungsanlage ausgestattet.

Wirtschaftskrise und Notstandsarbeiten.

Die ungeheure Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich nun auch auf die Notstandsarbeiten aus. Unter Notstandsarbeiten versteht man diejenigen Arbeiten öffentlicher Körperschaften, die mit einem Zuschuß der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu gemeinnützigen Zwecken im Interesse der arbeitslosen Bevölkerung ausgeführt werden. Die Zahl der Neuanträge auf Zuschußmittel ist infolge der allgemeinen Mittelverknappung der Träger der Notstandsarbeit sehr stark zurückgegangen. 147 begonnene und genehmigte Projekte der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, darunter 11 große, mit insgesamt 580 300 Arbeitslosentagewerke sind allein im August und September eingestellt oder überhaupt nicht begonnen worden, obwohl bei der Auszahlung der Förderungsbeträge der Reichsanstalt und bei der Gewährung von Abschlagszahlungen an die Träger der Maßnahmen größtmöglichstes Entgegenkommen gezeigt worden ist. Von der Einstellung der Notstandsarbeiten besonders betroffen wurden die Gebiete der Landesarbeitsämter Schlesien, Niedersachsen, Nordmark, Westfalen, Rheinland, Hessen, Mitteldeutschland und Bayern. Trotz vieler Schwierigkeiten gelang es in den übrigen 5 Landesarbeitsbezirken Brandenburg, Ostpreußen, Pommern, Sachsen und Südwestdeutschland die vorgesehenen Maßnahmen durchzuführen.

Der Kampf der Landwirtschaft.

Große Landbund-Kundgebung in Torgau.

Der Kreislandbund Torgau hielt in Torgau einen außerordentlich gut besuchten Kreisbauerntag ab, der sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der mitteldeutschen Landwirtschaft gestaltete. Kreisbauernmeister Landrat a. D. Dr. Gereke, Pressel, Pl. d. R., konnte in seiner Begrüßungsansprache eine große Anzahl von Ehrengästen, Vertretern der Behörden und Landbund-Organisationen aus den Nachbarkreisen, sowie des Stahlhelms begrüßen.

Dr. Gereke

wies dann darauf hin, welch großes Mißtrauen allgemein in der Landwirtschaft Platz gegriffen habe. Man sei sehr skeptisch geworden gegenüber Versprechungen, die man der Landwirtschaft in den letzten Jahren so oft gemacht habe. Mit besonderer Sorge habe man in den letzten Monaten die Entwicklung der Osthilfe verfolgen müssen, an der ja auch ein Teil der Landwirtschaft in der Provinz Sachsen beteiligt sei. An den neuen Ostkommissar, der ein besonderer Sachkenner der Landwirtschaft und Landbund-Mitglied sei, müsse der dringende Appell gerichtet werden, daß er die Hemmnisse beseitige, die bisher bei der Durchführung der Osthilfe beobachtet wurden. Mit der Ausschaltung Preußens und einer Zusammenfassung der verschiedenen Kompetenzen einheitlich in der Hand des Ostkommissars sei eine Vereinfachung des Instanzenzuges erreicht worden, die eine gewisse Aussicht biete, daß in Zukunft die Entscheidungen schneller und besser fallen könnten, weil nun nicht mehr drei Gruppen entscheiden, sondern nur noch eine. Auch wenn jetzt erfreulicherweise ein bedingter Vollstreckungsschutz durch Notverordnung eingeführt worden sei, müsse man darüber hinaus verlangen, daß die Osthilfe noch ganz wesentlich verbessert wird, wenn sie wirklich durchgreifende Erfolge aufweisen soll. Bei den bisherigen Sanierungsmaßnahmen habe gerade die Preußische Zentralgenossenschaftskasse die Auffassung vertreten, daß man für Kredite nicht mehr den Steuerwert landwirtschaftlicher Betriebe zugrunde legen dürfe, weil dieser den Realwert der Grundstücke nicht mehr entspräche. Man werde abwarten müssen, ob der jetzige preußische Finanzminister Klepper, der als Präsident der Genossenschaftskasse diese Auffassung vertreten habe, sie sich auch bei seiner künftigen Steuerpolitik zu eigen mache.

Mit gewissen Mitteln der Osthilfe, fuhr Dr. Gereke dann fort, könne man zweifellos eine vorübergehende Erleichterung schaffen. Das reiche aber nicht aus, um den jahrealten berechtigten Forderungen des Landbundes zu entsprechen. Bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen müsse vielmehr Rücksicht genommen werden auf die Wünsche der bodenständigen Bevölkerung. Mit viel mehr Nachdruck und viel größerer Beschleunigung als bisher müßten unter Umständen auf dem Wege der Notverordnung Maßnahmen zum Schutze der bäuerlichen Veredlungswirtschaft getroffen werden. Dabei sei man sich im Landbund auch darüber klar, daß es mit Zöllen allein nicht getan sei. Notwendig sei eine Herabsetzung der Zinsen. Nur dann sei Hoffnung auf Wiederaufstieg vorhanden. Der geschlossene Kampf der bodenständigen Landwirtschaft müsse sich gegen das internationale Finanzkapital wenden, das die Landwirtschaft zu erdrücken droht. Die Landwirtschaft müsse sich aber darüber klar sein, daß nur ihr geschlossener Einsatz eine weitere erfolgreiche Zollpolitik und eine Herabsetzung der Zinslast erreichen könne. Diese Geschlossenheit sei auch erforderlich, damit der notwendige Druck auf die Reichsregierung ausgeübt werden könne. Man müsse trotz aller Bedenken hoffen, daß die Reichsregierung auf die Wünsche des Landvolks eingeht und Erfolge hat, denn die Parteipolitik dürfe nicht soweit gehen, daß man mit einer gewissen Genugtuung etwaige Mißerfolge registriere, weil ja diese Mißerfolge weitere schwere Schädigungen der Landwirtschaft zur Folge haben müßten.

Mit dem nochmaligen Appell, treu im Landbund zusammenzustehen und das altbewährte Kampfinstrument der Landwirtschaft zu erhalten, schloß Dr. Gereke seine Ausführungen.

Der Vorsitzende des Landbundes Provinz Sachsen,
Freiherr v. Münchhausen,

betonte einleitend, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, wo der Entscheidungskampf durchgefochten werden müsse. Da helfe kein Ausweichen. Wenn es so weitergehe, hätten wir bald keine deutsche Landwirtschaft mehr. Dabei handle es sich nicht, wie es vielfach hingestellt werde, nur um Menschen und Betriebsgrößen, sondern um die Landwirtschaft schlechthin. Sei sie erst einmal zusammengebrochen, dann könne sie auch unter anderen Betriebsformen wie jetzt nicht wieder aufgebaut werden. Gegenüber den vielen Kritikern müsse man feststellen, daß die Arbeit des Landbundes in den vergangenen Jahren keineswegs umsonst gewesen sei. Man müsse auch anerkennen, daß Reichsminister Schiele vieles erreicht und agrartechnisch besonders für den Getreidebau zweifellos Erfolge erzielt habe. Man dürfe auch nicht übersehen, daß bei bestimmten Agrarprodukten der immer stärker gewordene Mangel an Kaufkraft unserer Bevölkerung sehr auf die Preise drücke. Noch nicht gelöst sei aber das Problem, wie man die Veredelungswirtschaft wirksam schütze und wie man vor allem nach den vorbereitenden Zollmaßnahmen herankomme an den Preisabbau für landwirtschaftliche Bedarfsartikel. Außerdem sei eines der brennendsten Probleme die Herabsetzung der Zinsen.

Bei der Erörterung des Arbeitslosenproblems wies der Redner darauf hin, daß es ein Verdienst des von Dr. Gereke geleiteten Landgemeindeverbandes sei, rechtzeitig auf eine Reform bei der Erwerbslosenunterstützung gedrängt zu haben. Abschließend betonte Freiherr v. Münchhausen, daß es jetzt gelte, innerhalb der Landwirtschaft größte Disziplin und Geschlossenheit zu bewahren. Wer jetzt versuche, bei den zahlreichen Zwangsversteigerungen in der Landwirtschaft billig etwas raffen zu können, der müsse damit rechnen, daß er der allgemeinen Verachtung der Landwirte anheimfalle.

Folgende Entschließung

fand einstimmig Annahme:

Der Kreisbauerntag des Kreislandbundes Torgau erklärt, daß in den folgenden Monaten weite Teile der hiesigen Landwirtschaft so notleidend werden, daß sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können, daß infolge der Unmöglichkeit, die Betriebe im Frühjahr ordnungsmäßig fortzuführen, eine ernste Gefährdung der Volksernährung die Folge sein wird. Der Kreisbauerntag forderte als vordringlichste Maßnahmen:

1. Senkung des Reichsbankdiskonts, Senkung der Zinsen, besonders auch der Hypothekenzinsen.
2. Herabsetzung der Verdienstspannen (Spesen) der Banken, der Beschaffungskosten der Kredite; bei Zwangsversteigerung darf der Zuschlag nur erteilt werden, wenn mindestens der Einheitswert erreicht ist; außerdem ein bedingter Vollstreckungsschutz.
3. Verlängerung der Dünger- und Erntefinanzierungskredite mit Rücksicht darauf, daß eine Festigung der Preise durch Produktions-Veredelungswirtschaft bisher nicht erreicht ist und die rübenbauende Landwirtschaft bisher nur ganz geringe Zahlungen erhalten hat.
4. Fortfall der überhöhten und nicht berechtigten Verzugszuschläge bei nicht rechtzeitiger Steuerzahlung.
5. Beschleunigte Anpassung der preußischen Grundsteuer an die Einheitswerte.

Vermischtes.

○ **Die Rache an dem Koch!** In einem Restaurant in Würzburg erschien dieser Tage ein Paar und bestellte sich ein warmes Mittagsgedeck. Die beiden aßen ein Teil von den Portionen; plötzlich aber rief die Frau ganz laut durch das Restaurant: „Hu, eine Schwabe!" Der Oberkellner und der Geschäftsführer strömten entsetzt herbei und fanden auf dem Essenteller tatsächlich eine tote Schwabe. Dennoch schien es von vornherein unmöglich, daß diese Schwabe aus der Küche stammen konnte. Der Koch wurde herbeigerufen, der in der Frau eine frühere Geliebte erkannte, die er verlassen hatte. Aus diesem Grunde lenkte sich der Verdacht gegen die Frau, daß sie die Schwabe selbst von zu Hause mitgebracht habe, um sich an dem Koch zu rächen, von dem sie wußte, daß er in diesem Restaurant angestellt war. Die boshafte Frau hatte scheinbar darauf spekuliert, daß der Koch durch dieses Vorkommnis seine Stellung in dem Betriebe verlieren würde.

○ **Ein nobles Trinkgeld.** In einem Wiener Kaffeehaus hatten einige Gäste dieser Tage eine größere Zeche gemacht, die schließlich so hoch angewachsen war, daß die Kellnerin auf Bezahlung drängte. Sie erhielt nicht nur die Zeche auf Heller und Pfennig bezahlt, sondern noch ein Extratrinkgeld in Form einer Hundert-Schilling-Note. Erst am nächsten Tage stellte der Inhaber des Cafés fest, daß die gesamte Zeche mit gefälschten Banknoten bezahlt worden war. Auch die Hundert-Schilling-Note, die das Servierfräulein großzügig als Trinkgeld erhalten hatte, stellte sich als geschicktes Falsifikat heraus. Bei der polizeilichen Untersuchung des Falles stellte es sich heraus, daß es sich unzweifelhaft um eine organisierte Falschmünzerbande handelt, die vorwiegend die Gaststätten unsicher macht, um hier ihre Fälschungen unterzubringen.

○ **Die gestohlene Familienbibel.** In Oxford wurde in der Villa des Lord Shampton ein dreister Einbruch verübt. Die Einbrecher hatten es aber scheinbar gar nicht auf den Geldschrank abgesehen, sondern vielmehr auf die Bibliothek des Hauses. Auch hier wurde nur, soweit sich bis jetzt feststellen ließ, eine alte Familienbibel gestohlen, die sich seit Generationen in dem Besitz der Familie befand. Die Polizei verfolgt bei der Fahndung nach den Tätern eine bestimmte Spur und bringt einen entfernten Verwandten des Lords mit der Tat in Zusammenhang. Offenbar glaubte der Täter, daß in dieser Bibel wertvolle Familiendokumente und ein Testament zu finden waren. Das Testament befand sich jedoch nicht in der Bibel, sondern lediglich Aufzeichnungen über die Familiengeschichte Shamptons.

○ **Schmuggler versenkt eine Luxusjacht!** In Jacksonville, an der Küste von Florida, war die Polizei einem langgesuchten Bootlegger auf der Spur. Um sich seiner Verfolgung zu entziehen, bestieg er eine Luxusjacht und machte sie von Anker. Als ihm die Polizei dennoch auf die Fersen rückte, versenkte er sich mit samt der Luxusjacht, in dem er eine Dynamitpatrone in den Boden des Schiffes schoß. Die Jacht ging unter, noch ehe die Polizei sich ihrer bemächtigen konnte.

Wochenendwetterbericht.

Mitgeteilt von der Landes-Wetterwarte Weimar.

Langsamer Druckfall bei uns deutet darauf hin, daß das umfangreiche finnländische Hoch langsam zurückweicht. Bei uns herrschen noch die gleichen Nordostwinde, die dem Tief über dem Schwarzen Meere zuströmen. Dagegen hat der Brocken bereits wärmeren Südwind, der dem großen atlantischen Tief zuströmt. Wir liegen auf der Windseite. Demzufolge ist die Witterung zum Wochenende äußerst unsicher. Es muß jedenfalls damit gerechnet werden, daß wir allmählich in den Südstrom hineinkommen, der dann Erwärmung, Bewölkungszunahme und Neigung zu Regenfällen bringen würde.

Spiel und Sport.

Nebraer Sportvereinigung 1924.

N.S.V. I. Herren — Sp. V. „Borussia 02" Halle 2:2 (0:0)

Die 1. Mannschaft erledigte am Bußtag in Halle gegen die Sondermannschaft des Sportvereins „Borussia 02" das fällige Rückspiel. Wie der Vorkampf in Nebra 1:1, so endete auch das Rückspiel in Halle unentschieden. Allerdings hatten wir die 2. Halbzeit das Spiel völlig in unserer Hand und mußten glatt mit 5:1 Toren Unterschied gewinnen, trotz der 3 Mann Ersatz, aber das Schmerzenskind, der Sturm, versagte wieder im entscheidenden Moment. Zu dem Spiele selbst: Die Borussen haben Anstoß, finden sich gut zusammen und spielen ca. 10 Minuten überlegen, ohne aber unsere Hintermannschaft dabei überwinden zu können. Nach und nach gewinnt Nebra mehr an Boden und macht sich langsam frei. Bis zur Halbzeit offenes Spiel. Beide Torsteher halten ihr Heiligtum rein. Die erste Halbzeit verläuft torlos. Nach Halbzeit wechseln Ernemann und Liebetruth ihre Plätze. Wir spielen überlegen, aber am placierten Torschuß mangelt's sehr. Ein Durchbruch der Borussen bringt die Führung. Doch lange währt die Freude nicht und wir können ausgleichen, ja wenige Minuten später bringt Gebhardt seinem Verein sogar die Führung. Doch vom Anstoß weg brechen die Borussen nochmals durch und ein haltbarer Fernschuß von ca. 25 Metern läßt der Ersatztorhüter passieren. Bis zum Schluß spielen wir überlegen, kommen aber zu keinen weiteren Toren. Die 2. Mannschaft blieb ohne Gegner, da die Spieler von „96" bereits wieder abgetreten waren ehe wir ankamen. Die anderen Spiele gegen B.f.L. Querfurt fielen ebenfalls aus. Am Totensonntag pausieren sämtliche Mannschaften.

Dienstag, den 24. November, abends 8 Uhr Spielausschuß-Sitzung im Vereinslokal.

Kirchliche Nachrichten

Totensonntag, den 22. November 1931.

Sonntagsspruch: Lehre uns bedenken, daß wir sterben müssen, auf daß wir klug werden. (Psalm 90, V. 12.)

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Gemischter Chor; Predigt über Offenbarung 14, V. 13.)
Lieder: 498 (323), 501 (585), 527 (583).

Kollekte für eine besonders bedürftige Kirchengemeinde der Provinz.

½12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abtlg. im Gemeindesaal.

2 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.

3 Uhr: **Friedhofsandacht** (bei einigermaßen günstigem Wetter)

5 Uhr: Beichte und heil. Abendmahl. (Anmeldungen am Sonnabend erbeten.)

Mittwoch, 25. 11., abds. 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal. (Jobs. 13, V. 12 ff.)

Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Beerdigt wurde am 14. Nov. der Kohlenhändler Hermann Bauer im Alter von 65 Jahren.

Höhere Privatschule Roßleben

Anmeldungen für Ostern 1932 nehme ich **bis zum 21.** und vom **23. bis 26. November** nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr in meiner Privatwohnung entgegen. Geburts-, Tauf- und Impfschein mitbringen.

Oberstudienrat Sachse, Kloster (Fernsprecher: Nr. 438).

Extra-Beilage. Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt des Zeitschriftengroßvertriebes **Alfred Wagner in Dessau** bei. Die Zeitschrift „Illustrierte Romanwelt" ist eine Romanzeitung für Haus und Familie und kostet bei Lieferung frei Haus 25 Pfg. das Heft. Wir empfehlen den Prospekt der Aufmerksamkeit unserer geschätzten Leserinnen und Leser.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311121-19/fragment/page=0003

Bauernland Dänemark.

Ein Vorbild für Bauern- und Siedlungspolitik.

In der gegenwärtigen Notzeit der Landwirtschaft, die ganz unbestritten ist, kommt es darauf an, dort zu lernen wo es etwas zu lernen gibt. Wir müssen uns in Deutschland vor allen Dingen davor hüten, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Wer Augen hat zu sehen, der braucht nur über Deutschlands Grenzen hinauszublicken, nach Dänemark, das rechtzeitig eine Umstellung vorgenommen hat.

Das dänische Außenministerium hat in Verbindung mit dem Staatlichen Statistischen Departement eine Aufstellung über Dänemark herausgegeben, der wir nachstehende Zahlen über Dänemark als Bauernland entnehmen:

Von der Gesamtfläche Dänemarks, die etwa 4 302 000 Hektar ausmacht, entfallen ungefähr 76 % auf Landwirtschaft und Gartenbau und 9 % auf die Forstwirtschaft, während der Rest größtenteils nicht anbaufähig und daher für die Landwirtschaft ohne Wert ist.

Von 1866 bis 1919 erhielt die von der Landwirtschaft benutzte Fläche einen Zuwachs um ungefähr 420 000 Hektar und die Waldfläche einen solchen von etwa 170 000 Hektar. Dieser Zuwachs ist vor allem der Urbarmachung der jütischen Heideflächen zu verdanken.

Diese Erweiterung der landwirtschaftlichen Fläche hat die Errichtung zahlreicher neuer Landwirtschaftsbetriebe ermöglicht; gleichzeitig fand eine Ausstückung größerer Besitzungen statt, so daß das Ergebnis eine bedeutende Vermehrung der Landwirtschaftsbetriebe war.

Von 1903 bis 1919 wurde die Zahl der Betriebe mit mindestens 0,55 Hektar von etwa 171 000 auf 192 000 erhöht; der größte Zuwachs hatte jedoch schon vor 1903 stattgefunden.

Die kleinen Betriebe sind in überwiegender Mehrheit; der weitaus größte Teil der Landwirtschaftsfläche befindet sich im Besitz der mittelgroßen Betriebe von 15 bis 60 Hektar, während die ganz großen Betriebe nur über einen verhältnismäßig bescheidenen Teil der Anbaufläche verfügen.

Die Ursache der bedeutenden Zunahme der Zahl der Landwirtschaftsbetriebe ist, wie schon erwähnt, auf die Gewinnung neuen Ackerbodens durch Urbarmachung zurückzuführen. Die dänische Gesetzgebung hat jedoch seit jeher dafür Sorge getragen, die möglichst große Anzahl von selbständigen Landwirtschaftsbetrieben aufrecht zu erhalten. In den letzten Jahrzehnten wurde zielbewußt auf die Schaffung neuer Betriebe hingearbeitet. Der größte Teil der Bauernhöfe war immer und ist beständig durch ausdrückliches Verbot geschützt, von den größeren Betrieben aufgesaugt oder zu größeren Betrieben verschmolzen zu werden. Umgekehrt ist die Ausstückung stets gestattet, wenn dadurch der Stammbesitz nicht unter eine gewisse Mindestgröße gebracht wird. Seit 1919 besteht ein allgemeines Verbot gegen die Aufhebung selbständiger Betriebe, wenn der Landwirtschaftsminister nicht in besonderen Fällen die Erlaubnis erteilt.

Im Jahre 1919 wurden drei Bodengesetze angenommen, wonach ein bedeutender Teil des der Kirche gehörenden Bodenbesitzes zur Aufteilung verwendet werden sollte. Ferner wurden Lehen, Stammhäuser und Fideikommißgüter gegen Abgabe von 25 bis 30 % ihres Kapitals für freies Eigentum erklärt, und die Besitzer mußten gegen Entschädigung ein Drittel ihres Bodenbesitzes zur Ausstückung abtreten. Gleichzeitig wurden besondere Verfügungen erlassen, zu welchen Bedingungen diese und anderer Besitz des Staates veräußert werden sollte.

Die Betriebe, die auf diesem Boden errichtet werden, zahlen für den Grund keine Kaufsumme, sondern verzinsen dem Staate den Wert, der bei den periodischen Schätzungen aller Grundstücke des Landes zwecks Steuerveranlagung festgestellt wird. Im übrigen haben die Kleinbauern über ihr Grundstück im wesentlichen alle Verfügungsrechte eines Besitzers. Unter eben denselben Bedingungen kann Grund und Boden zwecks Ergänzung bestehender Betriebe veräußert werden. Die neuen Betriebe, die gemäß diesen Gesetzen errichtet werden, können vom Staate Darlehen für neue Gebäude erhalten. Die Darlehen dürfen gegenwärtig 9000 Kronen nicht übersteigen, hiervon sind 1000 Kroner zinsenfrei. Gemäß den Bodengesetzen von 1919 sind bisher im ganzen 4227 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 29 300 Hektar errichtet worden. Außerdem wurden zur Ergänzung bestehender Betriebe 1822 Parzellen mit einer Gesamtfläche von 4500 Hektar zur Verfügung gestellt.

Die überwältigende Mehrheit der Landwirtschaftsbetriebe ist Besitztum der Landwirte. Nach einer 1919 vorgenommenen Zählung waren nur 7,5 % gemietet oder gepachtet. Diese Zahl ist später durch die zwangsweise Liquidierung des Erbpachtverhältnisses noch weiter zurückgegangen.

Die Anwendung der Bodenfläche ist durch das Bestreben gekennzeichnet, möglichst große Mengen Viehfutter zu erzeugen, und zwar in erster Linie solche Futterpflanzen, die, wie zum Beispiel Futterrüben und Grünfutter, mit größtem Vorteil verwendet werden, wenn sie mit eingeführten Futterkuchen ergänzt werden. Die Erzeugung von Brotgetreide und anderen Produkten für den direkten Verbrauch oder zur industriellen Anwendung spielt nur eine geringe Rolle.

Der Uebergang zur intensiven Landwirtschaft hatte bezüglich der Bodenbenutzung das bezeichnende Ergebnis, daß die mit Kartoffeln und Hackfrüchten bebaute Fläche sehr stark ausgedehnt wurde, während die Brach- und Wiesenflächen eine Einschränkung erfuhren.

Auch der Getreidebau ist dadurch beeinflußt worden, daß der Hauptzweck die Erzeugung von Viehfutter wurde. Das geht u. a. daraus hervor, daß eine sehr bedeutende Fläche mit Gemenge (besonders aus Gerste und Hafer bestehend) bebaut ist, das nur als Viehfutter Verwendung finden kann. Vor dem Uebergang der Landwirtschaft zur tierischen Produktion war die mit Gemenge bebaute Fläche verhältnismäßig gering.

Die tierische Produktion hat sich besonders für die kleineren und mittelgroßen Betriebe als vorteilhaft erwiesen; daher wird von diesen Betrieben die Anwendung der Anbaufläche in besonderem Grade dieser Produktionsart angepaßt und gleichzeitig der Boden von ihnen ganz besonders intensiv ausgenutzt.

Börse und Handel.

Berlin, den 19. November 1931.

Dollar: 4,209 (Geld), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 15.83 15.87, holl. Gulden: 169.18 169.52, Belga (Belgien): 58,49 58,61, ital. Lira: 21,71 21,75, dän. Krone: 86,91 87,09, norw. Krone: 86,91 87,09, franz. Franken: 16,49 16,53, tschech. Krone: 12,468 12,488, schweiz. Franken: 81,92 82,08, span. Peseta: 35,86 35,94, schwed. Krone: 86,91 87,09, österr. Schilling: 58,94 59,06.

Produktenmarkt. Nach der gestrigen Verkehrsunterbrechung kam das Geschäft am Produktenmarkte heute nur schleppend in Gang. Das Inlandsangebot von Weizen und besonders von Roggen ist weiterhin ziemlich knapp und die Forderungen waren erhöht. Die Gebote der Mühlen, die nach wie vor knapp versorgt sind, lauteten für Roggen bis zu 2 Mark höher, dagegen nahm der Handel auf dem erhöhten Preisniveau nur vorsichtig Anschaffungen vor. Absatz von Roggen- und Weizenmehlen läßt noch keine nennenswerte Belebung erkennen, die Forderungen für Roggenmehle waren fester gehalten. Am Hafermarkte stimulierte die geplante Bewilligung von Einfuhrscheinen für Haferfabrikate. Gerste ist etwas gefragt.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk 225—228 (am 17. 11.: 225—228), Roggen Märk. 199—201 (197—199), Braugerste 166—175 (166 bis 175), Futter- und Industriegerste 162—165 (162—165), Hafer Märk. 147—152 (145—149), Weizenmehl 28,50 bis 32,50 (28,50—32,50), Roggenmehl 27,15—29,50 (27 bis 29,25), Weizenkleie 10,50—11 (10,50—11), Roggenkleie 10,50—11 (10,50—11), Viktoriaerbsen 24—30 (24—30), Kleine Speiseerbsen 25—28 (25—28), Futtererbsen 17—20 (17—20), Peluschken 17—19 (17—19), Ackerbohnen 16,50—18 (16,50—18), Wicken 17—20 (17—20), Lupinen blaue 11—12,50 (11—12,50), gelbe 13—15 (13 bis 15), Leinkuchen 13,60—13,90 (13,60—13,90), Trockenschnitzel 6,10—6,20 (6,10—6,20), Sojaschrot 11,80—12,40 (11,80—12,40).

Kartoffelpreise.

Amtliche Kartoffelerzeugerpreise je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen (amtlich ermittelt durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und Berlin): Weiße 1,30—1,40, Rote 1,40—1,60, Odenwälder Blaue 1,60—1,80, andere gelbfleischige außer Nieren 1,70 bis 2,00. — Fabrikkartoffeln 7—8 Pfennig pro Stärkeprozent.

Großhandelspreise für inländisches Gemüse.

Amtlicher Marktbericht der Städtischen Markthallen-Direktion Berlin für inländisches Gemüse für 50 Kilo: Weißkohl: Berl. Gärtnerw. 2,50—3,75, hiesiger 2,50 bis 3,75: Wirsingkohl: Berl. Gärtnerw. 2,50—3,75, hiesiger 2,50—3,75: Rotkohl: Berl. Gärtnerw. 4,50—5,50, hiesiger 4,50—5,50: Rosenkohl: 14—17,50: Grünkohl: 3—5: Kohlrüben: 2,25—3: Rote Rüben: 2—4: Mohrrüben: 2—3: Rübchen: 5—10, echte 15—18: Spinat: 4—7,50, Blattc. 6—11, Erfurter —,—: Rapunzel: 20—30: Kürbis: 2,50 bis 4: Tomaten: Treibhaus 18—40: Champignons: Treibhaus 120—160: Meerrettich: 30—35: Sellerie: 4—8, gewaschen 7—10: Petersilienwurzeln: 5—8: Zwiebeln: 6,50 bis 7,50, große 6,75—7,50: Kartoffeln: 2,40—3,10, Nieren- 4,50—5: Blumenkohl: 100 Kopf Erfurter 8—20, sonstiger hiesiger 6—20: Salat: Treibhaus 100 Kopf —,—, Dresdener 8—15: Gurken: Treibhaus 100 Stück 35—50: Kohlrabi: Schock 0,60—0,80: Radieschen: Schockbund —,—, Dresdener 3—4: Rettiche: Schock hiesige —,—, Dresdener 4—8, bayerische 5—10: Sellerie: Schock —,—: Porree: Schock je nach Größe 0,60—1,25: Petersilie: 100 Bund je nach Größe 5—10 Mark.

Fisch-Großhandelspreise.

Amtlicher Marktbericht der Städtischen Markthallen-Direktion Berlin. Lebende Fische für 50 Kilo: Hechte: unsortiert 70, groß 50, mittel 60: Schleie: unsortiert 80 bis 90, Portions- 90, klein 70: Aale: mittel 110: Barsche: groß 72: Karpfen: Spiegel- unsortiert 65, Schuppen- 60: Plötzen: unsortiert 20—25, groß 35—40: Bleie: unsortiert 20—25, klein 15: Karauschen: 67: Bunte Fische: 47: Forellen: 160 Mark.

Milchpreise.

Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen für die Zeit vom 20. bis 26. November 1931 je Liter frei Berlin für A-Milch 14,6, für B-Milch 10,1, für tiefgekühlte Milch 15,1, für molkereimäßig bearbeitete Milch 16,35 Pfennig. Die A-Milchmenge ist für dieselbe Zeit auf 77 Prozent des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Amtliche Berliner Notierungen für Butter im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers: 1. Qualität 1,14, 2. Qualität 1,04, abfallende Qualität 0,90 Mark per Pfund. — Tendenz: Ruhig.

Eierpreise.

Bericht der amtlichen Berliner Notierungskommission: Deutsche Eier: Trinkeier: Sonderklasse über 65 Gramm 14½, Klasse A über 60 Gramm 13¾, Klasse B über 53 Gramm 12¾, Klasse C über 48 Gramm 10¾; frische Eier: Klasse B über 53 Gramm 11¾; ausfortierte kleine Schmutzeier: 7—8 Pfennig je Stück. — Auslandseier: Dänen: 18er 13¾, 15er 13¼; Rumänen: 7¾ bis 10½; Russen: normale 9½—9½; Polen: normale 8—8½; Abweichende: 8—8½ kleine, Mittel- und Schmutzeier: 6½ bis 7½ Pfennig je Stück. — Kühlhauseier: extragroße 11—11½, große 9¾—10½, normale 6½ bis 7½: Kalkeier: große 8¼, normale 6¼—6¾ Pfennig je Stück. — Tendenz: Etwas freundlicher.

Betr. Leitungsstörung durch Gänseflug.

Ich habe Veranlassung darauf hinzuweisen, daß nach § 9 des Feld- und Forstpolizeigesetzes mit Geldstrafe bis zu 150.— RM. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft wird, wer außerhalb eingefriedigter Grundstücke sein Vieh (Pferde, Esel, Maulesel, Maultiere, Rindvieh, Schweine, Ziegen, Schafe, Stallkaninchen, **Gänse, Enten, Puten, Hühner oder Perlhühner) ohne gehörige Aufsicht oder genügende Sicherung läßt.**

Erst am Dienstag, dem 17. Nov. d. J., ist durch Gänseflug eine größere Beschädigung an dem elektrischen Ortsnetz hervorgerufen, so daß infolge der Reparatur die Stadt längere Zeit ohne Strom war und daher im Dunkeln lag. Ganz abgesehen davon, daß gegen die Besitzer des Federviehes, das sich ohne Aufsicht umhertreibt, eine Strafe verhängt werden kann, sind die Besitzer für die durch ihr Vieh hervorgerufenen Schäden verantwortlich.

Von den Landkraftwerken werden Flugklammern vorrätig gehalten, die zum Selbstkostenpreis von dem Bezirksmonteur Herrn Böttcher bezogen werden können.

Nebra, den 20. November 1931.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Geschäfts-Uebernahme

Einer werten Einwohnerschaft von Nebra und Umgebung zur Kenntnis, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Vaters übernommen habe. Ich bitte, das meinem Vater entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Hochachtend!

Hermann Bauer, Nebra
Kohlenhandlung

Kachelöfen und Kochmaschinen
Wand- und Fußbodenbeläge
für Fleischerläden, Küchen und Badezimmer

Ausführung aller ins Fach schlagenden **Reparaturen**
Ofenreinigen usw.

Artur Weckert Ofensetzermeister
Roßleben, Wendelsteiner Str. 43

Lungen- und Asthmakranken

ist unser Kräuter-Tee „Silvana" von hervorragend durchgreifender Wirkung „Ihr Tee hat bei mir direkt Wunder gewirkt" schreibt E. W. in P. „Auswurf, Nachtschweiß, Fieber, Husten, Atembeschwerden hörten sofort auf". „Unser Arzt freute sich selbst, daß der Tee mir bekommt", so lauten begeisterte Dankschreiben über glänzende Erfolge in wenigen Tagen, wo andere Kuren jahrelang vergeblich waren. Pro Paket 1 Mk. Nachn. lt. Verordnung frei verkäuflich.
Silvana-Tee-Vertrieb, Augsburg 2209

Was Sie wissen müssen weiss
DIE WOCHE
in jedem Heft:
Großer aktueller Bericht in Wort und Bild, darüber hinaus Beiträge bekannter Gelehrter, Dichter und Künstler. Die „Woche", die wertvolle deutsche Zeitschrift, überall für 50 Pfennig.

Elegant und doch billig!..
Sehen Sie sich die neuen Modelle der *Wolko-Schuhe* an. Prüfen Sie die Qualität des Leders, die dauerhafte Verarbeitung. Noch nie konnten wir Ihnen so gute Schuhe so billig anbieten.
Einheitspreise für Herren-, Damen- und Knaben-Schuhe:
10.75 12.75 8.75 14.75 Wolko
Achten Sie auf den Sohlenstempel.
2000 Verkaufsstellen
Alleinverkauf für Nebra u. Umg.:
Schuhhaus Hermann Sachse
NEBRA Bahnhofstraße NEBRA

Inserieren bringt Gewinn

Wohnung zu vermieten.
Näheres „Preußischer Hof"

Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Handwerker,

die beim Einkauf von Geschäftsbüchern Wert auf eine preiswerte Ausführung legen, verlangen Bücher der „blauen KE-Serie". Durch die besondere Art ihrer Herstellung, das zeitgemäße KE-Verfahren, sichert die „blaue KE-Serie" Vorteile beim Kauf und beim Gebrauch. Die „blaue KE-Serie" erkennen Sie am blauen Schnitt und an der „blauen KE-Garantiemarke". Sie erhalten die „blaue KE-Serie" nur in guten Geschäften des Papier-, Schreibwaren- u. Bürobedarfshandels, bestimmt bei:
WILHELM SAUER
ROSSLEBEN

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311121-19/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 139 — Sonnabend, den 21. November 1931. — 44. Jahrgang

Der deutsche Antrag.

Die Schwierigkeit der deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, 20. November.

„Echo de Paris“ will über die Schwierigkeiten bei den zwischen der deutschen und der französischen Regierung geführten Verhandlungen, die die Einberufung des beratenden Sonderausschusses zum Gegenstand haben, Näheres wissen.

Die Ausführungen des Blattes müssen jedoch mit Vorbehalt aufgenommen werden.

Trotz der langen Verhandlungen sei das Einberufungsschreiben für Frankreich noch nicht befriedigend.

Die deutsche Regierung erkläre in dem Schreiben, daß der beratende Sonderausschuß nicht nur die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich der Reparationen abzuschätzen haben werde, sondern sich auch mit der Rückzahlung der kurzfristigen Kredite würde beschäftigen müssen. Ministerpräsident Laval habe sich anscheinend entschlossen, dieses Schreiben, wenn auch nicht zu billigen, so doch passieren zu lassen.

Er bleibe bei seiner These, daß die Rückzahlung der privaten Kredite nicht Angelegenheit der Regierungen sei, sondern nur von einer Sonderkommission behandelt werden dürfe, die, wenn möglich, die Gläubiger und Schuldner ernennen würden. Doch vertrete er den Standpunkt, daß das deutsche Einberufungsschreiben dem nicht entgegengehalten werden könne, und daß der beratende Sonderausschuß sich nicht Befugnisse anmaßen dürfe, die der Youngplan ihm verweigere, sei es um an die ungeschützten Annuitäten zu rühren, sei es um sich mit dem Transfer der kommerziellen Schulden zu befassen.

Diese wenigen Hinweise genügten darzutun, wie verworren die Lage bleibe. Jetzt komme alles darauf an, was England und die Vereinigten Staaten zu tun gedächten.

*

In einer erneuten Unterredung des deutschen Botschafters von Hoesch mit Laval wurden die Vorbereitungen des deutschen Schrittes in Basel zum Abschluß gebracht. Die Veröffentlichung des Schreibens steht unmittelbar bevor.

Das deutsche Schuldenproblem.

Neuyork, 20. November

Angesichts des ungewöhnlich starken Interesses für die deutsche Schuldenfrage bringt „Herald Tribune“ einen Artikel über das Problem, vor dem die Gläubiger Deutschlands stehen. In dem Artikel heiß es: Das deutsche Schuldenproblem wurde für jedermann unverständlich, weil bei seiner Behandlung längst alle Grundlagen der Vernunft aufgegeben worden sind. Die Gläubiger gingen von der irrigen Voraussetzung aus, daß das deutsche Volk von Staats wegen gezwungen werden könnte, Kapital zu produzieren und dieses Kapital zu Hause zu lassen, um daraus Reparationen zu zahlen. Solange die Gläubiger an diesem Irrtum festhielten, bleibe das Reparationsproblem hoffnungslos, denn die Deutschen handelten unter den Reparationsplänen ebenso wie die Amerikaner unter dem Prohibitionsgesetz. Sie dächten nur darüber nach, wie sie sich aus der Schlinge ziehen könnten.

Zwang der Krise.

Berlin, 20. November

Aus einer vorliegenden amtlichen Uebersicht über die Verwaltungsreform ergibt sich, daß im Zuge der gegenwärtigen Sparsamkeitsaktion in den Ländern und Gemeinden eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden sind, die ... ung zum Ziele ... Kommunalauf- ... und den Ge- ... ie Befugnis ge- ... en Maßnahmen ... dtvertretung, zu

... smäßiger Ge- ... Einwohnern

... rwaltungsstreit- ... Gemeindegrund- ... Ländern werden ... n, so daß die ... mführenden Be- ... d.

... gericht, 3 Land- ... Landesversiche- ... imter, 10 Mes- ... Ministerialkassen, ... annschaften, 6 ... ämter, 3 Forst-

... Not.

... erbslosen.

... 0. November

... tischen Landes- ... en 920 408 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 849 126 am Ende des Vormonats.

so daß sich im Oktober eine Zunahme um 71 282 oder 8,4 v. H. ergibt, die erheblich stärker ist als der Zuwachs im September (42 526 oder 5,3 v. H.).

Demnach entfallen auf 1000 Einwohner im Staatsdurchschnitt jetzt 24,1 Wohlfahrtserwerbslose. Gegen den 31. Oktober des Vorjahres hat sich die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 436 181 oder 90,1 v. H. erhöht. Einschließlich der 13 786 unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen, ist die Gesamtzahl der von den preußischen Bezirksfürsorgeverbänden oder Gemeinden laufend unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen von rund 868 000 Ende September auf 939 000 Ende Oktober angewachsen. Von den Wohlfahrtserwerslosen befanden sich 62 591 (September 67 790) in Fürsorge- oder Notstandsarbeit.

In den Landkreisen ist der Zugang an Wohlfahrtserwerbslosen während des Berichtsmonats, da die Hackfruchternte zum größten Teil beendet ist und die dabei vorübergehend beschäftigten Wohlfahrtserwerbslosen wieder der Fürsorge zur Last fallen, verhältnismäßig stärker gewesen (plus 10,2 v. H.) als in den Stadtkreisen (plus 7,7 v. H.).

Verschleppungstaktik.

Erklärung des japanischen Außenministeriums.

Tokio, 20. November

Das japanische Außenministerium teilt mit, daß die japanischen Vertreter in Paris auf ihre eigene Verantwortung hin, wenn auch im Einvernehmen mit ihrer Regierung, dem Völkerbundsrat neue Kompromißvorschläge unterbreiten werden.

Es wird vorgeschlagen werden, die jetzigen Pariser Verhandlungen zu vertagen und eine Entscheidung aufzuschieben, bis der Völkerbundsrat die Streitfrage durch Entsendung einer eigenen Kommission nach der Mandschurei und nach China untersucht hat.

Es wird anscheinend vorgeschlagen, daß die Untersuchung sich nicht nur auf die mandschurische Lage sondern auf die Lage in ganz China erstrecken soll.

Japan warnt Moskau.

Die japanische Regierung ersuchte den Sowjetbotschafter, Litwinoff in freundschaftlicher Weise auf die Gefahr ernster Verwicklungen aufmerksam zu machen, die entstehen könnte, wenn die Sowjetunion Truppen nach der nördlichen Mandschurei schicken würde, und gleichzeitig Litwinoff zu versichern, daß die ostchinesische Bahn nicht im geringsten beschädigt worden sei.

In ihrer Antwort auf die Vorstellungen der Sowjetregierung erklärt die japanische Regierung, die Gerüchte, wonach die Sowjetunion China unterstütze, seien nicht von Japan ausgegangen, sondern vermutlich von den Behörden von Heilungkiang ausgesprengt worden, um ihre Truppen zu ermutigen.

Japan hoffe, daß die Sowjetunion eine ebenso peinlich neutrale Haltung einnehmen werde, wie sie Japan während des chinesisch-russischen Konfliktes eingenommen habe. Es wache darüber, daß den russischen Interessen kein Abbruch getan werde, und schlage vor, daß Rußland eine freundschaftliche Erklärung abgebe, wonach es den Chinesen keine Waffen und Munition liefere.

Schlachtverlauf.

Nach Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums begann der Angriff der Japaner am Nonnifluß um 3 Uhr mit Artillerievorbereitung. Um 6 Uhr ging Infanterie gegen die chinesische Hauptstellung vor. Die Chinesen flüchteten in Unordnung. Um 13 Uhr passierte ein japanischer Panzerzug Angantschi, kreuzte darauf die chinesische Ostbahn und hatte abends einen Punkt 19 Kilometer südlich von Tsitsikar erreicht. Wie das japanische Kriegsministerium weiter mitteilt, hatten die Chinesen eine großangelegte Offensive vorbereitet. Der japanische Angriff sei somit nur eine Verteidigung gewesen.

General Honjo habe zwar Weisung gehabt, keine Offensive zu unternehmen, aber die chinesischen Angriffe vom Dienstag hätten ihm Gelegenheit geboten zu zeigen, daß der Angriff die beste Verteidigung sei. Mit der Auflösung der Streitkräfte des Generals Ma und der Besetzung von Tsitsikar sei die letzte organisierte Autorität in der Mandschurei, die Tschanghsueliang gegenüber loyal geblieben sei, verschwunden.

Die Verluste der Japaner sollen sich auf 300 Tote und Verwundete belaufen haben, die der Chinesen auf fast 4000. Matschanschans beste Truppen sollen der Vernichtung entgangen sein, weil sie sofort den Rückzug antraten, als sie merkten, daß die Lage kritisch wurde. In der Nordmandschurei soll jetzt Ruhe herrschen.

*

Unbeirrt von den Pariser Verhandlungen des Völkerbundsrates donnern in der Mandschurei die Kanonen, rattern die Maschinengewehre, blitzen die Bajonette. Die japanischen Truppen nehmen keinerlei Rücksicht mehr. Die Generale geben einen Angriffsbefehl nach dem anderen. Man weiß nicht, ob ohne, ob gegen oder ob mit Willen der Regierung in Tokio. Die mandschurische Schlacht scheint sich für die Japaner gelohnt zu haben und der Sieg neigt sich auf ihre Seite. Politisch ist die Situation ungemein komplizierter. Die Chinesen fühlen sich hingehalten, fühlen sich betrogen. Ihre Sprache wird darum immer ultimativer und man wundert sich nicht mehr, aus Paris zu hören, daß die chinesische Delegation vom Völkerbund durchgreifende Maßnahmen verlangt, wenn sie nicht gezwungen werden soll, aus dem Völkerbund auszuscheiden und der bewaffneten Verteidigung freien Lauf zu lassen.

Man liest, daß der chinesische Delegierte Dr. Sze bereits angekündigt habe, daß seine Regierung Amerika um Intervention bitten wolle, da durch den Pakt von Washington, der die territoriale Integrität garantiert habe, Amerika der gegebene Mittler sei. Aber die Chinesen gehen noch weiter. Sie stellen fest, daß die Verpflichtungen auch aus dem Völkerbund und aus dem Kelloggpakt durch die Japaner aufs schwerste verletzt seien.

Kein Zweifel, daß es den Chinesen ein leichtes ist, sich auf Recht und Verträge zu berufen. Kein Zweifel, daß die mandschurische Schlacht, die die Japaner den Chinesen liefern, weder in die Verträge, die bestehen, noch in das Recht, das Geltung hat, eingegliedert werden kann.

Gläubiger und Osthilfe-Notverordnung.

Berlin, 20. November.

Der Reichskommissar für die Osthilfe betonte in einer Erklärung, zu einer Beunruhigung der Gläubiger über die Osthilfe-Notverordnung bestehe keine Veranlassung. Im Interesse der Volksernährung sei es durchaus notwendig, überhasteten Getreideverkäufen vorzubeugen und diese Verkäufe über das ganze Jahr zu verteilen. Im anderen Falle wäre es zu Zwangsversteigerungen gekommen, bei denen die Gläubiger, soweit sie hinter der ersten Hypothek stünden, alles verloren haben würden. Ueberdies würden die Ausführungsbestimmungen auf die Interessen der Gläubiger Bedacht nehmen.

Preußen schließt fünf Pädagogische Akademien.

Berlin, 20. November.

Im Zusammenhang mit den Einschränkungsmaßnahmen beschloß die preußische Staatsregierung, im Etatsjahr 1932 die Zahl der Pädagogischen Akademien von fünfzehn auf zehn herabzusetzen. Demgemäß stellen die Pädagogischen Akademien in Stettin, Kottbus, Erfurt, Kassel und Altona ihre Tätigkeit ein. Auch bei den aufrechterhaltenen Akademien in Elbing, Frankfurt an der Oder, Breslau, Beuthen, Halle, Kiel, Hannover, Dortmund, Bonn und Frankfurt am Main finden im Jahre 1932 Neuaufnahmen nicht statt.

10 Millionen-Zuschuß für die Staatstheater.

Im Jahre 1929.

Berlin, 20. November.

Nach einer dem Preußischen Landtag vorgelegten Denkschrift der Oberrechnungskammer sind im Jahre 1929 rund 10 Millionen Mark und im Jahre 1930 10¼ Millionen Mark Zuschüsse für die Staatstheater geleistet worden. Inzwischen seien Sparmaßnahmen ergriffen worden, die den Zuschußbedarf für 1932 auf 5 956 000 Mark vermindern. Im Ausschuß wurde Kritik daran geübt, daß der Generalintendant nach der Gehaltskürzung einschließlich des Dienstaufwands immer noch 40 000 Mark und ein Tanzmeister 25 000 Mark erhält. Ein Regierungsvertreter erwiderte, was den Intendanten betreffe, zahle Dresden 50 000 Mark; der Tanzmeister aber bekäme „nur“ 21 000 Mark. Dieses Gehalt vermindere sich in Ausführung der neuen Sparverordnung um weitere 10 bis 15 Prozent.

Deutsche Tagesschau.

Verlängerte Zinsverbilligung.

Berlin, 20. November. Die Zinsverbilligung für die zu Gerste- und Haferankäufen von getreideverarbeitenden Fabrikbetrieben in Anspruch genommenen Wechselkredite ist bis zum 20, Dezember verlängert worden.

Reichstagsausschüsse tagen.

Von den Reichstagsausschüssen ist als erster der Haushaltsausschuß zusammengetreten. Er wird in einem für längere Zeit berechneten Sitzungsabschnitt die zahlreichen Anträge zu erledigen haben, die ihm der Reichstag kurz vor seiner Vertagung überwiesen hat. Während die Nationalsozialisten immer noch fernbleiben, sind die Deutschnationalen in der Sitzung erschienen.

Oeffentliche Büchereien für Erwerbslose.

Der preußische Wohlfahrtsminister macht in einem Erlaß auf die Zusammenarbeit der Jugendpflegeorganisationen mit den öffentlichen Büchereien im Interesse der erwerbslosen Jugendlichen aufmerksam. In dem Erlaß heißt es: „Bei der Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen darf nicht übersehen werden, auch die geistige und seelische Aufnahmefähigkeit und Widerstandskraft zu wecken und zu stützen. Es ist deshalb sehr erwünscht, daß die erwerbslosen Jugendlichen unter anderem zur Benutzung geeigneter Büchereien jeder Art, insbesondere der Jugendbüchereien, angeregt werden.

Berücksichtigung des ortsansässigen Handwerks.

In Beantwortung einer volksparteilichen Kleinen Anfrage teilt der preußische Wohlfahrtsminister mit, daß er bereits an den Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung herangetreten sei, und ihn gebeten habe, bei Durchführung der Siedlungspläne der Reichsregierung, soweit dies ohne wesentliche Schädigung der Belange der Siedlung möglich sei, ortsansässige Hand-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311121-19/fragment/page=0005
DFG